21. Wahlperiode

Drucksache **21/** 5565

HESSISCHER LANDTAG

18/11/26

Kleine Anfrage

Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Budgetaufwuchs für die Hochschulen im Jahr 2027

Vorbemerkung:
Nach Äußerungen von Wissenschaftsminister Gremmels kehre die Grundfinanzierung der hessischen Hochschulen nach den Kürzungen in Höhe von ca. 30 Mio. Euro im Jahr 2026 im kommenden Jahr 2027 wieder auf das Niveau von 2025 zurück. Dieser Darstellung hat die Konferenz der Hessischen Universitätspräsidien (KHU) in einer Pressemitteilung vom 13. November entschieden widersprochen (https://www.uni-frankfurt.de/de/newsroom/meldungen/pressemitteilungen/2026/pakt-braucht-verlaesslichkeit). Auch lässt sich die Darstellung des Ministers im Haushaltsentwurf für 2027 nicht nachvollziehen. So steigen die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse im Kapitel 15 04 „Hochschulen und Landesbetriebe“ von 2026 auf 2027 um lediglich ca. 17,8 Mio. Euro. Davon sind ca. 5,5 Mio. Euro Bundesmittel und laut Hochschulpakt 2,5 Mio. Euro Aufwuchs für das 300-W-Programm.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern beträgt der geplante Aufwuchs in der Grundfinanzierung der 14 hessischen Hochschulen zwischen 2026 und 2027 mind. 30 Millionen Euro aus Landesmitteln?
2. Wie bildet sich dieser Aufwuchs in Kapitel 15 04 des Haushaltsplans für 2027 ab bzw. wie ist zu erklären, dass die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse der Landesmittel hier nur um knapp 12,3 Mio. Euro steigen?
3. In welcher Höhe tragen die einzelnen Budgetkomponenten zum Mittelaufwuchs für 2027 bei (bitte die Summe der Aufwüchse für jede Budgetkomponente aufschlüsseln)?
4. Wie erklärt sie sich den Widerspruch der KHU zur Aussage des Ministers, dass die Grundfinanzierung der hessischen Hochschulen in 2027 wieder auf das Niveau von 2025 zurückkehre?
5. Inwiefern handelt es sich bei den Mittelsteigerungen für 2027 um reale oder nominale Budgetsteigerungen?
6. Wie bewertet sie das Statement der KHU, wonach die Universitäten mit der Unterschrift des Hochschulpakts angesichts der drastischen Einschnitte einen hohen Preis für ein Mindestmaß an Planungssicherheit gezahlt hätten, die jedoch mittlerweile durch weitere Entscheidungen zulasten der Hochschulen ins Wanken geraten seien?

Wiesbaden, 18. November 2026

N. Eisenhardt

Nina Eisenhardt